

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



Medienmappe zum Nominationsparteitag der SP Kanton St.Gallen

Nomination der KandidatInnen für die Nationalratswahlen vom Oktober 2015
Für die Liste SP und Gewerkschaften

**Samstag, 10. Januar 2015, 9.30 Uhr,
Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg, Wattwil**



Nominationsparteitag der SP SG

Inhalt:

- Rede der Parteipräsidentin der SP SG am Nominationsparteitag
- Rede von Nationalrätin Barbara Gysi:
Demokratische Wirtschaft und bessere Renten
- Rede von Nationalrätin Claudia Friedl:
Atomstromfrei und weltoffen
- Steckbriefe der KandidatInnen von SP und Gewerkschaften für den Nationalrat:
 1. Barbara Gysi (bisher)
 2. Claudia Friedl (bisher)
 3. Samuel Brülisauer
 4. Monika Simmler
 5. Joe Walser
 6. Bettina Surber
 7. Etrit Hasler
 8. Katrin Glaus
 9. Arber Bullakaj
 10. Dominik Dietrich
 11. Peter Hüppi
 12. Katharina Linsi

(Fotos der KandidatInnen auf Anfrage)

Monika Simmler, Parteipräsidentin der SP Kanton St.Gallen

Rede zur Eröffnung des Nominationsparteitags der SP SG in Wattwil

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Liebe Gäste, liebe Medienschaffende

Die letzten Tage standen ganz im Zeichen der Trauer um die 12 Opfer des Anschlages auf das Satire-Magazin „Charlie Hebdo“. In der ganzen Schweiz – so auch in St. Gallen – fanden Gedenkveranstaltungen statt. Uns ist dabei klar, dass es sich bei diesem Attentat nicht nur um einen Angriff auf die Pressefreiheit und das Grundrecht der freien Meinungsäusserung handelt. Dieser Anschlag betrifft nicht nur Journalistinnen und Journalisten, er trifft alle die in Freiheit leben, sie lieben und für sie eintreten. Eine Freiheit, für die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer eingestanden sind und immer eintreten werden. Diese Freiheit und unsere Demokratie wäre ohne die Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit undenkbar. Sie ist eine essentielle Voraussetzung für jeden Fortschritt in unserer Gesellschaft.

Dieser Anschlag passiert in einer politisch angespannten Lage. Es dauerte keine halbe Stunde bis Rechtspopulisten den Anschlag missbrauchten, um weiter Stimmung zu machen gegen ganze Bevölkerungsgruppen. Nicht das erste Mal nutzen diese Gruppierungen Anschläge um Angst und Hass zu schüren. Hass ist aber genau die falsche und vor allem kontraproduktive Antwort. Es ist was unsere Gesellschaft am wenigsten braucht, es ist das was uns nicht weiter bringt und es ist ganz bestimmt nicht das, wofür diese Opfer bis zu ihrem Tod eingestanden sind.

Umso wichtiger ist es auch in solchen Zeiten zu differenzieren – zwischen Religion und zwischen Fanatismus. Alle Fragen dürfen gestellt werden, alle Ängste geäussert und alle Kritik angebracht werden. Es gilt die Freiheit des Wortes. Diese Freiheit bringt aber auch eine Verpflichtung und eine Verantwortung mit sich. In den Schranken des Gesetzes zu sagen, was man denkt ist kein Privileg, es ist ein Grundrecht. Dieses Grundrecht darf aber nicht missbraucht werden um die politische Stimmung in einem Ausmass aufzuheizen, dass Diskussionen, dass ein Dialog gar nicht mehr erst möglich ist. Hier sind Politik und Medien in der Pflicht den Dialog und den Fortschritt voranzutreiben und Hetze und Stimmungsmache keine Plattform zu bieten. Im richtigen Moment auch mal Ruhe zu bewahren, etwas nicht auszuschlachten und auch einfach mal nichts zu sagen – wo es nichts zu sagen gibt.

Gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften in Europa und auf der ganzen Welt werden wir gegen den Hass, gegen die Hetze, ankämpfen. Wir werden die Freiheit und unsere Grundrechte verteidigen – gegen Fanatikerinnen und Fanatiker aller Art.

Dieser Einsatz ist natürlich eine Herausforderung. Im Wahljahr stehen wir vor vielen Herausforderungen. Wenn wir heute den Wahlkampf einläuten, wissen wir dass es eine entscheidende Rolle spielt wie das nationale Parlament in der nächsten Legislatur zusammengesetzt ist. Ob bei der Energiewende, bei den Sozialwerken, im Asyl- und Ausländerrecht oder in der Debatte über die Personenfreizügigkeit mit der EU. Es spielt eine Rolle, wer in Bern sitzt und wer nicht und wir wissen, dass wir hier in St. Gallen unseren Beitrag dazu leisten können.

Der Wahlkampf wird kein Zuckerschlecken. Auch unsere politischen Gegnerinnen und Gegner schlafen nicht. Sie werden im Wahlkampf mehr Geld haben wie wir. Sie werden auch mehr Plakatwände kaufen können, mehr bezahltes Personal zur Verfügung haben und mehr Inserate schalten können. Aber wir haben etwas, was sie nicht haben. Wir haben euch, euer Engagement, euer Herzblut, euren Einsatz und euer Feuer. Wir haben unsere Ideale, unsere Werte für die wir – trotz nicht immer einfachen Umständen – eintreten. Wir haben ein Bewusstsein für die Geschichte der Sozialdemokratie. Ein Bewusstsein dafür, für was unsere Vorgängerinnen und Vorgänger gekämpft haben. Was sie alles erreicht haben, was es heute zu verteidigen gilt. Aber auch was sie noch nicht erreicht haben, wofür wir weiterhin kämpfen müssen.

Euer Engagement ist Gold wert. Ihr wisst, was es heisst auf der Strasse zu stehen, Unterschriften zu sammeln und Flyer zu verteilen. Es ist aber nicht nur das, was uns von anderen Parteien unterscheidet. Wir sind stark, weil wir gemeinsam kämpfen. Wir sind stark, weil wir verschieden und weil wir mitten in der Gesellschaft sind. Unsere Partei schickt keine konservativen 70jährigen Anzugträger nach Bern, die predigen, es müsse immer alles so bleiben wie es ist und dass früher ja sowieso immer alles besser war. Dass jeder Fortschritt Gift ist, alles Fremde und Neue eine Gefahr. Wir steigen mit euch und unseren 12 Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkampf, die abbilden wie diese Gesellschaft ist und wie die Menschen in unserem Kanton sind.

Sie sind bunt gemischt und unterschiedlich. Sie können hier geboren sein oder nicht. Sie haben Kinder oder auch nicht. Sie haben studiert oder auch nicht. Wann sie Geburtstag haben spielt eigentlich keine Rolle. Sie wohnen auf dem Land, in der Stadt, in der Agglo. Im Einfamilienhaus oder in einer WG. Die Menschen in unserem Kanton sind so sehr unterschiedlich und so ist es auch unsere Partei und unsere Liste. Was uns eint, ist nicht, dass unser Lebensweg oder unsere Lebensumstände gleich sind. Sondern dass wir an den gesellschaftlichen Fortschritt glauben. Dass wir überzeugt sind: Wir sind nicht am Ende der Geschichte und am Ende jeder gesellschaftlichen

Entwicklung angekommen. Dass wir – im Wissen und im Respekt dafür, dass es uns hier im Vergleich zu vielen anderen sehr gut geht – auch in der Schweiz immer noch 600'000 Personen haben, die als arm gelten. Dass wir immer noch weit entfernt von Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sind. Wir haben die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Hoffnung, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle Realität werden können.

In den letzten vier Jahren sind wir für vieles eingestanden und haben viel erreicht. Wir sind unter vielem anderem mit 1:12 für Lohngerechtigkeit auf die Strasse, haben den Kauf von Kampfjets verhindert, haben uns für die Spitalvorlagen engagiert oder für die Energiewende. Im Kanton St. Gallen haben wir auf die drei unsäglichen Sparpakete reagiert und uns dagegen gewehrt. Erfolgreich konnten wir die nötigen 12'000 Unterschriften für unsere beiden Initiativen für Steuergerechtigkeit und mehr Prämienverbilligungen einreichen und erwarten nun die entsprechenden Abstimmungskämpfe mit Spannung.

Aber unser Einsatz ist noch lange nicht zu Ende und unser Engagement wird auch im neuen Jahr extrem gefragt sein. National starten wir bei den März-Abstimmungen voraussichtlich mit zwei Nein-Parolen. Die Familien-Initiative der CVP ist ein Milliarden Geschenk an gut situierte Familien. Familien mit tiefen Einkommen, die eine Entlastung wirklich nötig hätten, gehen leer aus. Die grünliberale Initiative für eine Energiesteuer anstelle der Mehrwertsteuer ist nicht zu Ende gedacht und in der Praxis unbrauchbar. Die Idee wirkt zwar auf den ersten Blick sympathisch, weist jedoch einen gravierenden Konstruktionsfehler auf. Sie macht die Staatsfinanzen vom Energieverbrauch abhängig, den sie gleichzeitig senken will.

Bevor wir aber in den Abstimmungskampf zu den März-Abstimmungen starten können wir uns noch über einen Erfolg freuen. Für das Referendum gegen die 2. Gotthardröhre sind in den nur 3 Monaten Frist über 100'000 Unterschriften zusammengekommen, also doppelt so viele als nötig. Dies zeigt, wie wichtig das Anliegen ist, diese verkehrspolitische Tragödie zu verhindern. Frühester möglicher Abstimmungstermin wäre bereits der Juni dieses Jahres. Hier könnten wir uns vor dem Wahlherbst auf einen heftig umstrittenen aber auch spannenden und motivierenden Abstimmungskampf freuen.

Weiter erwartet uns wohl ebenfalls im Sommer 2015 die Abstimmung über unsere eigene Erbschaftssteuer-Initiative. Mit dieser Initiative wollen wir Millionenerbschaften besteuern. Das zusätzlich eingenommene Geld soll der AHV zu Gute kommen. Einerseits sind zwar zugegebenermassen Steuerinitiativen selten wahnsinnig sexy zu verkaufen, andererseits garantieren hohe Freibeträge das untere und mittlere Einkommen nicht betroffen sind. Einzig hohe Erbschaften von über 2 Millionen Franken sollen mit 20% besteuert werden und die AHV stärken.



Eine klassische Initiative, bei der wir in der Debatte um Verteilungsgerechtigkeit unsere Stärke zeigen können. 1% der Bevölkerung hat laut einer Credit Suisse Studie immer noch gleich viel Geld wie die ganzen restlichen 99% zusammen. Während Wenigverdienende und der Mittelstand mit Sorgen um steigende Krankenkassenprämien und Mieten zu kämpfen haben, werden einige wenige immer reicher. Mit der Erbschaftssteuer-Initiative haben wir die Chance unser Steuersystem ein wenig gerechter zu machen und für mehr Chancengleichheit einzustehen.

Neben diesen und natürlich vielen weiteren Themen auf nationaler, kantonaler oder kommunaler Ebene, steht dieses Jahr für uns wie der heutige Tag aber ganz im Zeichen der National- und Ständeratswahlen. Alle 12 KandidatInnen werden gemeinsa mit euch unsere Themen, unsere Grundwerte und Überzeugungen in den Kanton hinaustragen.

Auch 2015 haben wir wieder die Wahl: Wollen wir eine Politik, die einige wenige auf Kosten der grossen Mehrheit privilegiert? Oder wollen wir eine solidarische, offene und gerechte Politik für alle, statt für wenige? Wir sind dann stark, wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen und nicht jede und jeder nur für sich selber schaut. Es braucht mehr Miteinander und weniger Gegeneinander. Dafür kämpft die SP, kämpfen wir – im Alltag und in der Politik.

Diese Botschaft werden wir in den nächsten Monaten wieder auf die Strasse und zu den Leuten tragen. Dabei werden wir auf die Unterstützung von euch allen angewiesen sein. Jede und jeder von euch kann einen Beitrag leisten, dass wir am 18. Oktober wieder feiern können.

Ich freue mich auf dieses Polit- und Wahljahr mit euch und danke euch schon jetzt für euren Einsatz. Vielen Dank!

Barbara Gysi, Nationalrätin SP SG

Demokratische Wirtschaft und bessere Renten

Liebe Genossinnen und Genossen

Wichtiger denn je ist hinzustehen, seine Meinung frei zu äussern und für seine Überzeugungen zu kämpfen. Das Wahljahr 2015 ist ein Jahr der Weichenstellungen. Es steht aber auch politisch viel an und auf dem Spiel. Bessere Renten, ein faires Steuersystem und eine demokratischere Wirtschaft. Dafür – aber auch für eine offene, solidarische und demokratischere Schweiz will ich mich weiterhin im Nationalrat engagieren. Dafür brauche ich auch eure Unterstützung, dafür kämpfen wir gemeinsam. Darum braucht es eine starke SP. Die SP, die sich für alle statt für wenige einsetzt.

Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen sind zentrale Politikfelder. Als Mitglied der Finanzkommission gehören sie zu meinen Kernthemen, beschäftige ich mich intensiv damit und stelle fest: Vieles läuft falsch. Einkommen und Wohlstand in der Schweiz ist äusserst ungleich verteilt. Das zeigt der Wohlstandsbericht des Bundes, das zeigt der Verteilungsbericht 2015, den der SGB am Montag diese Woche veröffentlicht hat. Arbeitslosigkeit ist gemäss CS Sorgenbarometer 2014 die grösste Sorge der Bevölkerung. Die Wirtschaft läuft gut, doch die Bevölkerung spürt zu wenig davon. Das ist Gift und führt zu grossen Frustrationen, die sich dann z.B. negativ an der Urne auswirken können. Die Löhne der Topverdienenden sind in den letzten 10 Jahren 40 % gestiegen, diejenigen von tiefen und mittleren Löhnen gerade mal mickrige 8 bis 12%. Dramatisch ist es beim real verfügbaren Einkommen. Topverdienende haben monatlich gegen 2500 Franken mehr, während dem gegenüber Wenigverdienende sogar rund 200 Franken pro Monat weniger in der Tasche haben.

Die Schere zwischen bei Einkommen und Vermögen geht immer weiter auf, die Ungleichheit verstärkt sich massiv. Die Kosten aber steigen für alle gleichermassen. Die Krankenkassenprämien haben sich in dieser Zeit annähernd verdoppelt, die Mieten stiegen rund 16% in den letzten 10 Jahren. Was da vom Budget einer Familie wegfressen wird, ist enorm. Bei den Löhnen muss es nun endlich vorwärts gehen. Ausbildung muss sich lohnen, auch in der Lohntüte.

Die von den Bürgerlichen durchgesetzte Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik bevorzugt einseitig Reiche und Unternehmen. Arbeit wird gegenüber Kapital viel zu stark besteuert. Das Steuersystem verfehlt längstens seine ausgleichende Wirkung. Der Staat wird finanziell ausgehöhlt, der Kantons- wie auch der Bundeskasse systematisch Geld/finanzielle Mittel entzogen. In der Finanzkommission beraten wir derzeit das bundesrätliche Sparpaket, dessen Ziel es ist, die nötigen Überschüsse zu erarbeiten, damit „Spielraum“ für die nächsten Steuerdebatten, also für neue Steuergeschenke vorhanden ist.

Im Vordergrund steht derzeit die USR III. Die SP hat schon lange, seit 2007, gefordert, die Sonderbehandlung mit Tiefststeuerpolitik in den Kantonen für im Ausland erwirtschaftete Gewinne, also die kantonalen Sonderbesteuerungsregimes von Spezialgesellschaften abzuschaffen. Nicht zuletzt auf Grund des internationalen Drucks macht nun der Bundesrat vorwärts. Gewinne sollen generell dort versteuert werden, wo sie anfallen. Wir unterstützen die Bemühungen gegen das BEPS (Base Erosion and Profit Shifting). Gross ist aber die Gefahr, dass mit der USR III neue Steuersparvehikel geschaffen werden und sie riesige Steuerausfälle mit sich bringt. Kurze Rückblende - erinnern wir uns an USR II – unter aBR Merz wurden uns völlig falsche Zahlen vorgelegt. Die Folge sind gigantische Steuerausfälle, die Bund und Kantone nun fehlen und auch zukünftig fehlen werden, wurden doch über 1000 Milliarden als Kapitaleinlagen gemeldet, die über die kommenden Jahre steuerfrei an die Aktionäre ausgeschüttet werden können. Und wieder:

auch bei USR III versucht man neuen Tricksereien und Spezialgefässe zu schaffen, um die Steuervorteile von (internationalen) Firmen über die Runde zu tragen. In der Vernehmlassungsvorlage wird der ganze „Giftschrank“ an Vorschlägen aufgezeigt. Gleichzeitig droht, dass die Kantone die kantonalen Gewinnsteuersätze für alle Unternehmen massiv senken – vor allem die Westschweizer Kantone heizen diese Abwärtsspirale bereits kräftig an. Ungeahnten Steuerausfällen in Milliardenhöhe drohen. Womöglich teuer bezahlt mit Sparpaketen land auf land ab. Diese verfehlte Finanz- und Steuerpolitik muss dringend korrigiert werden. Dafür braucht es eine starke SP.

Wir haben eigene Projekte und Gegenkonzepte. Bei der USR III z.B. die Forderung einer Erhöhung des Bundessatzes auf mind. 16%. Und mit der nationalen Erbschaftssteuerinitiative, die von der SP mitlanciert wurde, kommt im Juni eine wichtige Vorlage vors Volk und voraussichtlich Ende Jahr kommt unsere kantonale Steuergerechtigkeitsinitiative für höhere und progressive Vermögenssteuersätze an die Urne. Die Nationale Erbschaftssteuer beseitigt bestehende Ungerechtigkeiten und ist für mich ein weiteres Solidaritätswerk. Kämpfen wir gemeinsam für gerechtere Steuern.

Doch auch die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmende müssen sich verbessern und die Löhne steigen. Zudem ist 34 Jahre nach dem Verfassungsartikel zur die Lohngleichheit von Frau und Mann diese bei weitem nicht erreicht und muss dringend durchgesetzt werden, denn sie ist u.a. auch eine wichtige Voraussetzung für die gemeinsame Wahrnehmung von Erwerbs- und Erziehungsarbeit von Frauen und Männern.

Mitbestimmung und Demokratisierung in einem zentralen Teil unseres Lebens, in der Arbeitswelt, muss ausgebaut werden. Es braucht eine neue Wirtschaftsordnung, eine Wirtschaft mit Zukunft. Nicht ein gesichtsloses Aktionariat, das die Menschen ausbeutet, Gewinnmaximierung und die Marktlogik ins Zentrum stellt, sondern Mitarbeitergesellschaften und Genossenschaften sind zu fördern. Soziale und Solidarische Ökonomie ist gesamtheitlicher und geht sensibler mit Ressourcen von Mensch und Natur um. Das zeigen erfolgreiche Beispiele. Für eine demokratischere Wirtschaft, dafür kämpfen wir.

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter abgesichert sein und seinen Lebensabend in Würde verbringen können. Unsere AHV im Umlageverfahren ist eine Erfolgsgeschichte, die wir weiterschreiben wollen, aber auch müssen, denn nicht alle können von ihrer Rente recht leben. Die AHV-Renten müssen erhöht werden. Gleichzeitig müssen wir alles daran setzen, die 1. Säule, unsere AHV, zu stärken. Denn nur sie ist die solidarische Altersvorsorge. Gerade für Menschen, die im Arbeitsleben wenig verdient haben, ist sie nach wie vor der tragende Pfeiler. Dieses Jahr kommt die Altersvorsorge 2020 in die Räte. Wir kämpfen für den Erhalt des Leistungsniveaus in der Altersvorsorge gegen einen Abbau der finanziellen Beteiligung des Bundes. Abstriche zu Lasten der Frauen werden wir nicht tolerieren. Die Finanzierung ist machbar, die AHV ist solide finanziert und der Ausbau der AHV kann auch durch die Teilweise Zweckbindung der Erbschaftssteuerinitiative mitfinanziert werden.

Doch müssen auch die Pflege- und Betreuungsleistungen stärker von der öffentlichen Hand mitgetragen werden. Steuerfinanzierte Pflege und Betreuung ist immer noch am gerechtesten. Gesundheitskosten wie auch die Prämienlast für alte Menschen sind hoch und oft nur schwer tragbar. Mehr als 14% beträgt ihre durchschnittliche Belastung bei den Krankenkassenprämien. Ein Viertel der Pensionierten sind armutsgefährdet. Für eine gute AHV und ein würdevolles Altern, dafür kämpfen wir.

Wir wollen in diesem Jahr einen aktiven Wahlkampf führen und breit mobilisieren. Wir wollen mit den Menschen ins Gespräch kommen. Wir wollen mit unserer Politik die Herzen der Menschen erreichen und breit mobilisieren. Dafür brauchen wir euch alle. Vielen Dank für eure Unterstützung.

Claudia Friedl, Nationalrätin SP SG

Atomstromfrei und weltoffen

Liebe Genossinnen. liebe Genossen, liebe Gäste

Ich möchte 2 Ereignisse herausgreifen, welche die Schweiz verändert haben:

1. Die Atomkatastrophe von Fukushima 2011 und
2. Die Abstimmung vom 9. Februar 2014.

Nach der Katastrophe von Fukushima gab es eine breite Zustimmung zum Atomausstieg. Selbst Bundesrätin Doris Leuthard, früher bekannt als aargauer Atom-Doris, wurde zur bekennenden Atomausstiegerin. Und dies aus gutem Grund: Bei uns stehen mit Mühleberg, Beznau I und Beznau II die weltweit ältesten AKWs. Sie sind 46 bzw. 44 Jahre alt, gebaut nach dem technischen Standard der 1960er und 1970er Jahre. Der Bundesrat und das Parlament haben es in unverantwortlicher Weise nun verpasst, für alle AKWs verbindliche Laufzeitbeschränkungen einzuführen. Die SP hat vergeblich Vorschläge dazu eingebracht. Das Gejammer der AKW-Betreiber hat gewirkt: die AKW-Stilllegungs- und Entsorgungsfonds sind zu wenig stark dotiert, die fehlenden Milliarden müssen noch irgendwie eingenommen werden und deshalb müssen die Anlagen weiter laufen. Übrigens hat die SP bereits viel früher auf diese gravierende Lücke hingewiesen. Der vermeintlich so billige Atomstrom wird zu einer teuren Hypothek. Er ist heute schon kaum mehr kostendeckend und die für die Sicherheit notwendigen Nachrüstungen lohnen sich finanziell immer weniger. Der Ständerat könnte es jetzt noch richten und klare Laufzeitbeschränkungen einsetzen. Aber immerhin, der 1. Schritt ist gemacht: Es wird keine neuen Atomkraftwerke mehr geben, obwohl auf der rechtsbürgerlichen Seite immer noch damit liebäugelt wird.

Mit der Energiestrategie 2050 wird ein neues Energiezeitalter eingeläutet. Weg vom Atom- und Kohlestrom, hin zu erneuerbaren Energien - und besonders wichtig - die Energie muss effizient genutzt werden. Dazu hat die SP bereits mit der Cleantec-Initiative eine hervorragende Vorarbeit geleistet für Energieeffizienz und Arbeitsplätze. Unsere Energieexperten aus der SP haben die Bundesratsvorlage noch enorm verbessert und das meiste wurde auch mehrheitsfähig. Leider muss ich aber feststellen, dass wir einige gewichtige Abstimmungen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes verloren haben. Die rücksichtslose Ausbeutung des letzten Tropfens Wasser und der schönsten Landschaften konnte nicht verhindert werden, obwohl der Verzicht auf solche Anlagen nie und nimmer den Erfolg des Umstiegs auf erneuerbar in Frage gestellt hätte. Zu hoffen ist, dass der Ständerat noch korrigiert, damit es schlussendlich nicht zu unheiligen Allianzen gegen das Gesetz kommt.

Warum beschäftigt das Energiethema die SP so sehr? Versorgung mit Strom gehört zum Service public. Strom braucht jeder in der modernen Welt, die Tarife müssen sozial verträglich sein, es hängen konkurrenzfähige Arbeitsplätze daran, Mieter und Mieterinnen müssen von subventionierten Investitionen im Gebäudebereich profitieren und nicht doppelt bezahlen: einmal über Stromzuschläge, dann über höhere Mieten.

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



Die Entwicklung geht weiter: Heute haben wir ein Fördermodell, die kostendeckende Einspeisevergütung. Diese muss abgelöst werden durch eine echte Lenkungsabgabe mit einer wirkungsvollen Rückvergütung an die Bevölkerung und die Unternehmen, damit es spürbar wird, wenn man weniger Energie verbraucht. Besonders wichtig ist, dass das Verteilnetz in der öffentlichen Hand bleibt, als Teil des Service public. Und es braucht eine Lenkungsabgabe auf Treibstoffen, um das CO₂-Problem in den Griff zu bekommen.

Neue Gesichter statt alter Zöpfe: Unsere NationalratskandidatInnen kommen aus der Mitte der SP und der Gewerkschaften und damit aus der Mitte der Gesellschaft. Sie hängen nicht althergebrachten Gedanken und Gesellschaftsbildern nach. Sie bringen frischen Wind in die Politik. Und damit unser Land nach vorne. Als Spiegelbild unserer kulturell so vielfältigen Gesellschaft bewegen sie sich tagtäglich am Puls der Zeit, statt hinter dieser her zu hecheln. Und sie sind sich sicher, dass sich die Herausforderungen der Zukunft nur mit neuen Impulsen lösen lassen. Statt mit dem Denken von gestern.

Barbara Gysi (bisher)



geboren 1964, wohnhaft in Wil

Ausbildung: dipl. Sozialpädagogin, MAS Public Management

Politische Ämter: Stadtparlament 1997-2000; Kantonsrat 1999-2000, 2004- November 2011, Fraktionspräsidentin 2009-2011; Stadträtin in Wil, 2001-2012 (Departement Soziales, Jugend und Alter); Nationalrätin seit 2011 (Mitglied Finanzkommission, Vizepräsidentin Arbeitsgruppe Insieme).

Parteiämter: SP Wil, Präsidentin 1993-1998 (Vorstand ab 1992); SP Kanton St. Gallen, Geschäftsleitung seit 1993; Vizepräsidentin SP Schweiz seit September 2012.

Gewerkschaftliche Ämter: Präsidentin kantonaler Gewerkschaftsbund St. Gallen, seit 2012 (Vorstand seit 2007); Mitglied VPOD, unia.

Weitere Tätigkeiten: Präsidentin Stiftung Heimstätten Wil (seit 2010); Präsidentin Pflegekinderaktion Schweiz (seit 2012); Verwaltungsrätin Thurvita AG (seit 2011, Vertreterin der Stadt Wil); Vorstand arud Suchtmedizin (seit 2012).

Claudia Friedl (bisher)



Umweltnaturwissenschaftlerin, 54, St. Gallen.

Mein politisches Leitmotiv: Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität

Meine politischen Schwerpunkte:

- Umsichtige Aussenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Armutsbekämpfung, Europa-Politik
- Starker service public u.a. in Bildung, Gesundheit, ÖV, Medien, Stromversorgung, Post
- Nachhaltige Umwelt-, Natur- und Klimapolitik
- Echte Gleichstellung: Vereinbarkeit Beruf und Familie, Lohngleichheit, Quoten

Politischer Werdegang: Endgültig für die Politik entzündet durch den

Frauenstreiktag 1991. 1992 Einstieg als Gemeinderätin in der Stadt St. Gallen; 1996 Wahl in den Kantonsrat, 2000/01; Kantonsratspräsidentin. 2004-2012 Parteipräsidentin; seit 2013 Nationalrätin, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission.

Wichtige Mitgliedschaften: VPOD, Stiftung Fibl (Vizepräsidentin), Greina-Stiftung (Vizepräsidentin), WWF-SG (Vorstand), Gentiana Primary School Nairobi (Vorstand).

Werdegang: Geboren (1960) und aufgewachsen in St. Gallen. Nach der „Flade“ Absolvierung des Lehrerseminars Rorschach, später Biologiestudium an der Uni Zürich als Werkstudentin und anschliessend Doktorarbeit an der ETHZ, Abteilung Umweltnaturwissenschaften. Tätig in verschiedenen Funktionen an der EAWAG/ETH, bei den Stadtwerken St.Gallen, im BUWAL/BAFU in der Fischerei und im Artenschutz. Seit 2007 eigenes Umweltbüro in St. Gallen.

Samuel Brülisauer

Vogelherdstrasse 14, 9300 Wittebach, 3. Oktober 1994, ledig, Student Internationale Beziehungen an der HSG, Präsident der JUSO Kanton St.Gallen.



Trotz meiner erst 20 Jahre bin ich seit gut 6 Jahren Mitglied der JUSO, seit 3 Jahren nun auch der SP. Erstmals politisch engagieren konnte ich mich, als ich im Herbst 2012 in den Vorstand der JUSO Kanton St.Gallen gewählt wurde. Zur gleichen Zeit begann ich mit damals 17 Jahren auch mein Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität St.Gallen (Bachelorabschluss im Sommer 2015), nachdem ich im Sommer 2012 an der Kantonsschule St.Gallen mit Schwerpunkt Spanisch die Matura abgeschlossen hatte. Wertvolle politische Erfahrungen konnte ich sammeln, als ich im Herbst 2013 die Kampagne zur 1:12-Initiative im Kanton St.Gallen geleitet habe. Im Januar 2014 schliesslich wurde ich zum Co-Präsidenten der JUSO St.Gallen sowie deren Vertreter in der Geschäftsleitung der SP St.Gallen gewählt. Seit Mai 2014 bin ich zudem im Vorstand der Studentenschaft der Uni St.Gallen. Neben der Politik sowie dem Engagement an der HSG spiele ich seit nunmehr gut 10 Jahren beim FC Rotmonten Fussball. Meine politischen Schwerpunkte sind, mitunter auch aufgrund meiner Spezialisierung im Studium, die internationale und Aussenpolitik, die Wirtschaftspolitik sowie die Energie- und Umweltpolitik.

Monika Simmler

Geb. am 12. Januar 1990 in St. Gallen; Nationalitäten: Schweiz/Österreich; Kontakt:

Adlerbergstrasse 6, 9000 St. Gallen / 079 791 14 21 /
monika.simmler@sp-sg.ch / www.monikasimmler.ch



Ausbildung/Beruf: 08-14: Jus-Studium an der Universität Zürich, MLaw; seit 2014: Doktorandin Strafrecht/Kriminologie UZH und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der HSG; ab 2015: Studentin M.A. in International Law HSG.

Politik: Seit 2012: Präsidentin SP Kanton St. Gallen und

Stadtparlamentarierin St. Gallen; davor: Co-Präsidentin JUSO Kanton St. Gallen (08-12), GL SP SG (07-12), GL SP Schweiz (09-11), GL JUSO Schweiz (09-11), Vorstand VCS St. Gallen/Appenzell (10-13), Vorstand Mieterverband Ostschweiz (10-13).

Mitgliedschaften: SP, JUSO, VPOD, GSoA, VCS, Mieterverband, Solidaritätsnetz Ostschweiz

Joe Walser



Persönlich: Jahrgang 1962, wohnhaft in Sargans, Bürger von Sargans & Mels; verheiratet und Familienvater von drei Kindern in Ausbildung; unterrichtet seit 24 Jahren als Reallehrer im Vollpensum; lernte ursprünglich Feinmechaniker, danach Zweitweg-Matura, Primar- und Reallehrerausbildung an der PHSG.

Politik: Mitglied des Kantonsrates, Präsident SP Sargans und Umgebung, Präsident SP Sarganserland

Weiteres Engagement: Sektionspräsident KLV Sarganserland; Vizepräsident Stiftungsrat St. Galler Pensionskasse; Gründungsmitglied der Schlosshexen Sargans, Mitglied der Männerriege Sargans.

Politische Schwerpunktthemen: Bildung und Umwelt

Ich bin seit 25 Jahren verheiratet und Familienvater von drei Kindern in Ausbildung. Meine grossen Leidenschaften seit der Jugendzeit sind die Berge und das Reisen. Ich lebe und arbeite in Sargans als Reallehrer. Meine grossen Leidenschaften sind schon seit meiner Jugend die Berge und das Reisen. Ich verbringe so viel Zeit als möglich in den Bergen. Eine intakte Umwelt, vielseitige Lebensräume, Biodiversität, kulturelle Vielfalt und Toleranz prägen deshalb auch meine politische Tätigkeit und mein Engagement. Als Arbeitersohn und ehemaliger Polymechniker sind mir Chancengleichheit und ein durchlässiges, qualitativ hochstehendes Bildungssystem enorm wichtig.

Bettina Surber

Geb. 3.10.1981; wohnt mit Lebenspartner und Tochter in St.Gallen; Anwältin.



Politische Ämter: Kantonsrätin seit 2012; Parteipräsidentin der SP Stadt St.Gallen. Davor Stadtparlamentarierin von 2006-2012. Vorstand kant. Gewerkschaftsbund.

Politische Schwerpunkte: urbane Raumentwicklung, Gewerkschaftsthemen, Migration, Finanzpolitik (Mitglied der Finanzkommission im St.Galler Kantonsrat) und soziale Gerechtigkeit.

Hobbies: Kultur und lesen.

Etrit Hasler



Etrit Hasler wurde 1977 in St.Gallen geboren und gehört zu den Pionieren der Schweizer Slam Poetry. Sein messerscharfer Witz, sein unheimliches Tempo (270 words per Minute) und nicht zuletzt sein schwarzer Mantel sind nach über zehn Jahren von den Schweizer Slambühnen nicht wegzudenken.

Neben der Bühne ist Etrit Hasler als Journalist tätig, unter anderem mit seinen legendären Sportkolumnen bei der Wochenzeitung WOZ; des Weiteren übersetzt er englische Lyrik.

Etrit Hasler ist Stadtparlamentarier in St.Gallen und Kantonsrat.

Katrin Glaus



Persönlich: geboren am 15. Oktober 1962 in Göschenen; Bürgerin von Benken SG, lebt seit 1995 in Sevelen; verheiratet, 3 erwachsene Söhne (1992, 1993, 1996) im Studium.

Ausbildung: Schule in Luzern, Möriken, Wildegg und Aarau; Studium an der Universität St.Gallen, Abschluss 1986 lic. oec. HSG; aktuell Weiterbildung an der Hochschule für Soziale Arbeit in Luzern weiter; CAS Abklärung und Anordnung im Kindes- und Erwachsenenschutz (2013); CAS Soziale Arbeit mit psychisch erkrankten Menschen (2014/15)

Aktuelle Ämter und Positionen: seit Januar 2013 Vizepräsidentin der KESB Werdenberg; seit Januar 2013 Präsidentin des Schulpsychologischen Dienstes des Kantons St. Gallen (seit 2007 Mitglied im Vorstand); seit 2008 Prüfungsexpertin an der Kantonsschule Sargans; seit April 2013 Präsidentin des Vereins Schloss Werdenberg.

Berufliche Erfahrung: 2001 bis 2014 Verwaltungsratspräsidentin der Raiffeisenbank Werdenberg; 2008 bis 2014 Vorstandsmitglied St. Galler Verband der Raiffeisenbanken (SGVRB); vorherige Berufserfahrung im Finanz- und Anlagebereich bei UBS, Merrill Lynch International und Credit Suisse.

Politische Erfahrung: 2001 bis 2012 Schulratspräsidentin Schule Sevelen; 2005 bis 2012 Gemeinderätin und seit 2008 Vizepräsidentin des Gemeinderates in Sevelen; 2005 bis 2012 Vorstandsmitglied des Schulgemeinerverbandes des Kantons St. Gallen (SGV); seit 12 Jahren Mitglied der SP Sevelen.

Arber Bullakaj



Persönlich: Geb. 05.04.1986, Geburtsort Prizren, Kosovo; Bürgerort Wil SG; Adresse Säntisstrasse 24, 9500 Wil SG.

Ausbildung: 2002-2007 Kantonsschule am Brühl SG (WMS); 2007-heute Diverse Weiterbildungen im Bereich Finanzen & Microsoft Office.

Beruf: 2011 – heute A&O Consulting, Inhaber und Geschäftsführer. Unternehmerischer Aufbau und Führung von diversen Geschäftszweigen (Consulting, Treuhand, Finanzberatung und weitere; weitere Infos auf www.a-o-consulting.com); 2012 – 2013 Lodestone Management Consultants AG als Global Transactions Manager: globale Verantwortung für FI Prozesse im Bereich Transactions. Umsätze/Fakturierung & Debitoren (Europa), Kreditoren, Intercompany (global). SAP Key User;

2011 – 2012 Eaton Automation AG, St. Gallen als Controller: Aufbau und Sicherstellung Controlling-Instrumente für gesamte Geschäftseinheit. Projektcontrolling, Kostenstellen-controlling, operative Planung; 2007 – 2011 S&T Schweiz Consulting AG (vormals IMG): zu Beginn als Praktikant, zuletzt als Manager Accounting (CH, DE, AT, GB) und Mitglied der GL.

Engagement: Verein Freiwillige Arbeitsgruppe für Integration im Raum Wil (Fair Wil); Präsident und Mitbegründer (mehr Infos auf www.fairwil.ch), akutell über 70 Mitglieder; FAIR Schreibbüro (Aufbau eines Schreibbüros); Petition für faire und moderne städtische Demokratie mit aktuell 380 Unterschriften in Wil.

Politik: Seit Januar 2013 Stadtparlamentarier Wil SG (mehr Infos auf <https://www.facebook.com/Arber.Bullakaj.Politik> (über 1200 Likes)); In den letzten Jahren in div. Nicht-Ständigen Kommissionen; seit August 2014 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Dominik Dietrich



Beruf und politische Ämter: Regionalsekretär bei syndicom – Gewerkschaft Medien und Kommunikation, Präsident des städt. Gewerkschaftsbunds St. Gallen, Vorstandsmitglied des kant. Gewerkschaftsbunds St. Gallen, Mitglied der Kommission für Gender – und Familienfragen der Stadt St. Gallen, Mitglied im Parteivorstand SP Stadt St. Gallen, Mitglied der Gewerkschaften syndicom und Unia.

Beruflicher Werdegang: Von 2002 – 2006 Berufslehre als Drucktechnologe bei der Firma Zollikofer AG in St. Gallen. Anschl. Leitung der Abteilung «Kleindruck» und die Ausbildung der Lernenden. 2008 wurde bei der Zollikofer AG eine Reorganisation durchgeführt, welche über 20 Kolleginnen und Kollegen – auch mir – den Arbeitsplatz kostete. Nach kurzer Arbeitslosigkeit Anstellung in der Mediengewerkschaft comedia als Regionalsekretär (seit 2009 syndicom).

Nationalratswahlen 2015 – meine Motivation:

Gewerkschaftliche Anliegen innerhalb der politischen Landschaft stärken; Sorge vor der Entsolidarisierungskampagne vieler bürgerlicher Politikerinnen und Politiker, vor ihren Angriffen auf unsere Sozialwerke und vor ihrer Tendenz der vorsorglichen Kriminalisierung von KollegInnen mit Migrationshintergrund. Stärkung der Personenfreizügigkeit und mit ihr die bilateralen Verträge, welche Voraussetzung für die flankierenden Massnahmen sind. Im Zentrum meines politischen Handelns stehen die Menschen. Ich trete für die Wahrung der Menschenrechte ein und für die Freiheit der Einzelnen im Sinne einer sozialen Selbstbestimmung.

Peter Hüppi



Schaufelbühl, 8738 Uetliburg
Geboren am 10. Juli 1971, verheiratet, 2 Kinder
Zugchef bei der SBB in Zürich
Präsident der SP Wahlkreis See – Gaster
Präsident Kath. Kirchgemeinde Gommiswald
Mitglied GPK polit. Gemeinde Gommiswald
Mitglied Kath. Kollegium St. Gallen

Peter Hüppi wurde am 10. Juli 1971 in Gommiswald geboren. Er ist in einer Grossfamilie auf dem elterlichen Bauernhof in Gommiswald aufgewachsen. Nach der Sekundarschule machte er die Lehre als Kondukteur bei der SBB in Rapperswil. Dort arbeitete er während 21 Jahren bevor er dann 2010 nach Zürich wechselte. Während dieser Zeit besuchte er diverse Weiterbildungen und absolvierte diverse Sprachaufenthalte. Schon früh engagierte er sich in Jugendvereinen im Heimatdorf. Bei der Eisenbahnergewerkschaft SEV wurde er bereits mit 19 Jahren Aktuar, später Kassier und schliesslich zum Präsidenten der Sektion Rapperswil gewählt. Dieses Amt hatte er rund 10 Jahre inne. Die Gewerkschaftsarbeit, aber auch die ländliche Herkunft prägte seine politische Haltung, somit engagierte er sich bei diversen Veranstaltungen für die sozialen Werte in der Schweiz. Im Jahr 1998 heiratete Peter Hüppi und zog von Rapperswil zurück ins Heimatdorf Gommiswald. Ein Jahr später wurde er Vater von Zwillingmädchen. Für die Jungwacht-Blauring Gommiswald übernahm er das Präsesamt, welches er bis heute führt. 2006 wählte man ihn als Verwaltungsratspräsident der Kirchgemeinde Gommiswald. Der Bau des neuen Pfarreizentrums und die Fusion mit den Kirchgemeinden Ernetschwil und Rieden sind Meilensteine in seiner Funktion. Ebenfalls wurde er als Mitglied des Kirchenparlaments des Konfessionsteils des Kantons St. Gallen gewählt. In der Geschäftsprüfungskommission der fusionierten, politischen Gemeinde Gommiswald ist er seit 2013 Mitglied. Zudem übernahm er vor zwei Jahren das Präsidium der Wahlkreispartei der SP See – Gaster.

Katharina Linsi



Persönlich: Geboren am 25.3.1963; Kontakt: Löwenhofstrasse 2, Postfach 205, 9424 Rheineck; 071 888 32 60, 079 291 88 03, k.linsi@bluwin.ch; www.katharinalinsi.ch; ledig, keine Kinder.

Beruf: Dipl. Pflegefachfrau, heutige berufliche Funktion: Lehrbeauftragte am Bildungszentrum für Gesundheit BfG Weinfelden, Geschäftsführende Präsidentin CURACASA, Fachverband, Freiberufliche Pflege Schweiz,

Freiberuflich tätige Pflegefachfrau im Spitexbereich.

Politik: Stadträtin Rheineck;

Ämter in Verbänden: Vize-Präsidentin palliative ostschweiz; Mitglied Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer SG TG AR AI (Präsidentin bis 2011); Vorstandsmitglied Schweizerische Gesellschaft für Gesundheitspolitik SGGP Sektion Ostschweiz; Mitglied Regionalkomitee Pro Senectute Rorschach/Rheintal; Co Präsidentin Verkehrsverein Rheineck; u.a.m.

Hobbies: Joggen, lesen, kochen und grillieren, Jazzmusik.

Politische Schwerpunkte: Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung.

Aussagen zu meinen Schwerpunkten:

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



Gesundheitsversorgung: Für die Bevölkerung sollen in der Grundversorgung entsprechend den Bedürfnissen Dienstleistungen für alle zur Verfügung stehen. Die angebotenen Dienstleistungen müssen der demographischen Entwicklungen und der Zunahme von chronisch kranken Menschen Rechnung tragen und die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen mit einbeziehen. Gesundheitsvorsorge und Prävention müssen dabei im Vordergrund stehen. Palliative Care als ein Pflege- und Betreuungskonzept soll flächendeckend umgesetzt werden. Einem drohenden Personalnotstand bei der Pflege und Ärzten müssen mit verschiedenen Massnahmen vorbeugend gehandelt werden. Abgesehen von der Steigerung der Attraktivität dieser Berufe, muss auch der Freiwilligenarbeit und der Tatsache, dass wir auf ausländisches Personal angewiesen sind, Sorge und Rechnung getragen werden.